**LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN**
18. Wahlperiode

Drucksache **18/20419**

07.07.2026

# Antrag

**der Fraktion der SPD**

**Nordrhein-Westfalens Sommer bleiben heiß und die Pläne der Landesregierung liegen auf Eis**

## I. Ausgangslage

Dass die Sommer immer heißer werden, ist immer noch bekannt. Auch für diesen Sommer sind die Prognosen klar: es wird wieder heiß und trockener.[1] Ebenso bekannt ist: Die schwarz-grüne Landesregierung bleibt untätig, so wie auch in den letzten Jahren. Obwohl es viele Möglichkeiten gibt Menschen vor der Hitze zu schützen: Hitzeaktionspläne, Sonnencreme-Spender oder Hitzeschutzräume sind nur einige wenige sinnvolle Maßnahmen zum Schutz und Prävention.

Ein umfassendes Maßnahmenpaket wurde dem Landtag bereits zu Beginn des Jahres 2024 von der SPD-Fraktion vorgelegt (DS 18/9163) und in einem weiteren Antrag im Jahr 2025 (DS 18/14539) eingefordert. Dass bisher von der schwarz-grünen Landesregierung keine nennenswerte Initiative gekommen ist, zeigt, dass dieses Maßnahmenpaket unglücklicherweise aktuell bleibt.

Die Landesregierung ist jetzt in der Verantwortung, alle Menschen gleichermaßen vor den kommenden Hitzewellen zu beschützen. Insbesondere die ältere Generation, Kinder und Jugendliche sowie Frauen verdienen einen besonderen Schutz. Unterstützung ist hier dringend notwendig: Aufklärung, Prävention, kostenlose Hilfsmittel. All das sind Investitionen in die Gesundheit. Diese helfen am Ende den Menschen und sind volkswirtschaftlich sinnvoll, weil Menschen weniger und/oder später krank werden und das Gesundheitssystem nicht belasten.

Bisher hat die Landesregierung insbesondere im Gesundheitsbereich keinen Fokus auf Investitionen gelegt. Investitionsstau bei den Krankenhäusern, zu wenig Investitionen in der Pflegeausbildung, zu hohe Eigenanteile an den Pflegeheimkosten. Das wird sich später rächen. So auch bei der Klimagesundheit: Wenn nicht jetzt in (Präventions-)Maßnahmen für mehr Klimagesundheit investiert wird, dann werden gesundheitliche Probleme folgen. Das ist bereits jetzt bei der wachsenden Zahl an Hautkrebserkrankungen zu erkennen.[2]

Der DGB NRW beziffert in seiner Studie „Investitionsnotstand in NRW beenden!“[3] die Höhe der notwendigen Investitionen für eine Klimaneutralität auf 52,6 Mrd. Euro. Bei diesen Investi-

[1] https://www.fr.de/panorama/voraus-sommer-2026-in-nrw-wetter-modelle-sagen-hitze-sommer-mit-ueber-30-grad-zr-94272658.html
[2] https://www1.wdr.de/nachrichten/sonne-braeune-hautkrebs-schutz-100.html
[3] https://nrw.dgb.de/investitionsstudie

Datum des Originals: 07.07.2026/Ausgegeben: 09.07.2026

tionen in Klimaneutralität müssen alle verantwortlichen Akteurinnen und Akteure eine gute Klimagesundheit für alle Menschen in unserem Land unbedingt mitberücksichtigen.

Investitionen in unsere Gesundheit bedeuten auch: Die Kommunen müssen bei der Umsetzung von (Präventions-)Maßnahmen für mehr Klimagesundheit stärker von der Landesregierung unterstützt werden. Bisher tut sie das nicht. Der Städtetag NRW weist in diesem Zusammenhang explizit auf die Notwendigkeit von Planungs- und Investitionssicherheiten für die Kommunen hin.[4] Insbesondere ist es jetzt notwendig, Menschen über Hitze-Warnsysteme zu informieren. So können bspw. Karten über kühle Orte oder Warnungen über die UV-Belastung schwerwiegende Folgen auf die Gesundheit verhindern.

Die jüngste Hitzewelle in Deutschland hat zudem deutlich gemacht, dass zahlreiche öffentliche Einrichtungen nicht ausreichend auf langanhaltende Extremtemperaturen vorbereitet sind. Insbesondere in Krankenhäusern, Schulen, Kindertagesstätten sowie Pflegeeinrichtungen führen hohe Raumtemperaturen zu erheblichen Belastungen für Patientinnen und Patienten, Kinder, Beschäftigte und Lehrkräfte. Konzentriertes Lernen, gute Arbeitsbedingungen und eine angemessene gesundheitliche Versorgung werden dadurch erschwert oder teilweise unmöglich gemacht. Hitzeschutz muss deshalb auch die technische Ausstattung öffentlicher Einrichtungen umfassen. Wo bauliche Verschattung, Begrünung und passive Kühlung nicht ausreichen, müssen klimaangepasste Kühl- und Klimatisierungslösungen gefördert werden, um die Funktionsfähigkeit öffentlicher Infrastruktur auch während extremer Hitzeperioden sicherzustellen.

Besonders deutlich wird der Handlungsbedarf aktuell auch in der stationären Altenpflege. Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di NRW) und das Diakonische Werk Rheinland-Westfalen-Lippe warnen eindringlich vor einer weiteren Verschärfung der Hitzebelastung in den kommenden Sommermonaten.[5] Schon heute stellen hohe Temperaturen eine massive Belastung sowohl für Bewohnerinnen und Bewohner als auch für die Beschäftigten dar. Gleichzeitig fehlen vielen Einrichtungen die finanziellen Mittel, um ihre Gebäude an die Folgen des Klimawandels anzupassen.

Aus der Praxis wird berichtet, dass Pflegeeinrichtungen bei steigenden Temperaturen zunehmend an ihre Belastungsgrenzen geraten: Während der Unterstützungsbedarf der Bewohnerinnen und Bewohner wächst, steigen gleichzeitig die Arbeitsbelastungen für die Beschäftigten erheblich. Dennoch bleibt eine auskömmliche Finanzierung von Hitzeschutzmaßnahmen bislang aus. Gemeinsam mit Sozialverbänden und weiteren Partnern haben ver.di NRW und die Diakonie RWL deshalb ein Sofortprogramm in Höhe von 125 Millionen Euro über fünf Jahre für Hitzeschutz und energetische Sanierungen gefordert. Zudem soll die Investitionsförderung dauerhaft im Altenpflegegesetz Nordrhein-Westfalen verankert werden.

Diese Forderungen verdeutlichen: Neben punktuellen Maßnahmen braucht es strukturelle Investitionen in Klimaschutz und Klimaanpassung im Gesundheits- und Pflegebereich. Ohne verlässliche Rahmenbedingungen und ausreichende finanzielle Unterstützung können notwendige Investitionen nicht umgesetzt werden – mit direkten Folgen für die Gesundheit von Pflegebedürftigen und Beschäftigten. Die Landesregierung muss jetzt tätig werden. Die Hitzewellen werden immer intensiver. Es darf jetzt keine weitere Zeit verloren gehen.

[4] https://www.staedtetag-nrw.de/files/nrw/docs/Publikationen/Weitere_Publikationen/2025/erwartungen-staedtetag-nrw-an-neue-bundesregierung-2025.pdf
[5] https://www.rundschau-online.de/altenhilfe/hitzewelle-in-nrw-verdi-und-diakonie-fordern-125-millionen-euro-sofortprogramm-fuer-seniorenheime-1292163

## II. Der Landtag stellt fest, dass

- in den kommenden Monaten Hitzewellen zu erwarten sind und insbesondere Risikogruppen aufgeklärt und vor den gesundheitlichen Folgen geschützt werden müssen,

- die Kommunen eine zentrale Rolle beim Schutz der Bevölkerung vor Hitzewellen spielen. Diese Aufgabe können die Kommunen nicht allein stemmen und sind auf gezielte Unterstützung der Landesregierung angewiesen,

- alle Menschen geschützt werden müssen und deshalb präventive und schützende Maßnahmen flächendeckend von der Landesregierung entwickelt und umgesetzt werden müssen,

- die jüngsten Hitzewellen gezeigt haben, dass zahlreiche öffentliche Einrichtungen wie Krankenhäuser, Schulen, Kindertagesstätten und Pflegeeinrichtungen nicht ausreichend gegen extreme Hitze geschützt sind und deshalb zusätzliche Investitionen in Hitzeschutz und Klimatisierung erforderlich werden.

## III. Der Landtag fordert die Landesregierung auf:

- die Kommunen bei der Erstellung und Umsetzung ihrer kommunalen Hitzeaktionspläne systematisch zu unterstützen. Dazu sollen die relevanten Akteurinnen und Akteure – wie Gesundheitsämter, Katastrophenschutz, Sozialverbände, kommunale Spitzenverbände – zeitnah an einen Tisch gebracht werden, um konkrete Bedarfe zu erfassen und geeignete Unterstützungsangebote zu entwickeln.

- ein landesweites Hitzeschutzkonzept zu erarbeiten, das folgende Elemente umfasst:
  - Kommunen bei der Bereitstellung von flächendeckenden Hitze-Warnsystemen zu unterstützen,
  - Schutzmaßnahmen für vulnerable Gruppen wie ältere Menschen, Kinder, Obdachlose und pflegebedürftige Personen,
  - den Ausbau eines niedrigschwelligen und mehrsprachigen Hitzewarnsystems in Kooperation mit dem Deutschen Wetterdienst und den Kommunen,
  - gezielte Informationskampagnen zu Hitzeschutz und Gesundheitsrisiken,
  - die Förderung von Trinkwasserspendern, begrünten Rückzugsorten („Cooling-Zones“) und temporären Hitzeschutzräumen im öffentlichen Raum,
  - Unterstützung der Kommunen bei Entsiegelung und Stadtbegrünung im Rahmen der Klimaanpassung.

- im Rahmen der öffentlichen Wohnraumförderung des Landes die energetische Modernisierung von Wohnraum erheblich zu stärken, um die Menschen in diesem Wohnraum besser gegen Hitzewellen zu schützen.

- ein Förderprogramm einzurichten, um insbesondere Einrichtungen der stationären Pflege bei der Umsetzung von Hitzeschutzmaßnahmen zu unterstützen.

- ein Investitions- und Förderprogramm für die klimaangepasste Modernisierung öffentlicher Einrichtungen aufzulegen, um Krankenhäuser, Schulen, Kindertagesstätten, Pflegeeinrichtungen und weitere öffentliche Gebäude besser gegen extreme Hitze zu schützen. Hierzu gehören insbesondere Maßnahmen zur Verschattung, Begrünung, energetischen Sanierung sowie, wo dies erforderlich ist, die Installation moderner und energieeffizienter Kühl- und Klimatisierungssysteme.

- mittels eines Landesprogramms in Anlehnung an das KfW-432-Programms des Bundes integrierte energetische Quartierskonzepte und die energetische Modernisierung von Wohnraum erheblich zu stärken, um die Menschen in diesem Wohnraum besser gegen Hitzewellen zu schützen.

Jochen Ott
Ina Blumenthal
Lisa-Kristin Kapteinat
Thorsten Klute
Lena Teschlade
Rodion Bakum

und Fraktion